



Medienanalyse: Jahresbericht 2001

I s l a m i n D e u t s c h l a n d



Erstellt und Herausgegeben vom
DEUTSCH-ISLAMISCHEN INSTITUT

Alle Rechte vorbehalten. Der Inhalt der Medienanalyse ist urheberrechtlich geschützt und darf weder ganz noch teilweise in irgend einer Form, ob mechanisch oder elektronisch, ohne die schriftliche Erlaubnis vom Deutsch-Islamischen Institut hergestellt und verbreitet werden.

MEDIENANALYSE: JAHRESBERICHT 2001

ISLAM IN DEUTSCHLAND

GLIEDERUNG DER ARTIKEL NACH THEMEN:

	J	F	M	A	M	J	J	A	S	O	N	D	Su
Veranstaltungen	80	89	125	91	125	131	67	68	538	1.310	249	29	2.902
Terror			23	76		6	6		154	945	126	29	1.365
Moscheebau	81	65	73	60	11	79	69	67	17	153	21	8	804
Religionsunterricht	6	12	18	10	70	24	25	104	48	288	121	11	737
Leserbriefe	26	28	34	24	24	27	46	22	30	148	43	13	465
Politik	29	9	38	19			47	7	79	153	50	21	452
Kalif									2	195	87	89	373
Resensionen	5	15	8	2	6	9	34	10	45	165	16	5	353
Distanzierung									59	184	19	2	264
Kopftuch	2	5	9		1	154	21	28	5	13	3	1	242
Moscheeanschlag	14	10		15	12	1	1		27	98	22	3	203
Verbände	23		5	40	5	10			8	72	11		174
Feiertage	13	2	72	1	47					5	13	8	161
Islamisten									39	100	12	8	159
Interview	2	6	5	9	7	10	1	4	1	85	6	4	140
Schächtung	1	2	3			1				1	86		94
Begräbnis	7	5	8	2	5	7	5	1	1	6	4		51
Kindergarten		9	8	18		1			2				38
Islam allgemein										19	6		25
Kriminalität	11				3	2				4			20
Sonstige	69	69	68	49	42	60	42	44	79	178	44	27	771
Summe	369	326	498	417	458	522	364	360	1.168	4.122	946	258	9.808

Auf den 11. September haben die Muslime und viele kirchliche, städtische und andere Veranstalter mit einer wahren Lawine von Begegnungen geantwortet und Menschen zum Dialog zusammengeführt – knapp ein Drittel aller Artikel, die im Jahr 2001 veröffentlicht wurden (2.902) nehmen darauf Bezug. Auffallend ist die Tatsache, dass es nach dem 11. September einige Stimmen gab, die nicht nur, wie bis dahin üblich, Dialog forderten, sondern ausdrücklich von *kritischem* Dialog sprachen und vor *blauäugigem* Dialog warnten. Alle anderen Kategorien, insbesondere, die seit dem 11. September eingeführte Kategorie Terror (1.365) fallen weit hinter den Dialogzahlen ab.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Zahl von 264 Berichten, in denen sich Gruppen ausdrücklich von Gewalt distanzieren, mindestens drei Viertel dieser Berichte sind Reaktionen von Muslimen gewidmet. Es bleibt zu wünschen, dass diese Tatsache vermehrt in das Bewusstsein der Deutschen und der Politiker dringt.

Angesichts der Befürchtungen nach dem 11. September kann aber festgestellt werden, dass es – nach der Anzahl von 203 Artikeln zu Moscheeanschlägen zu urteilen – keine Welle der Gewalttätigkeiten gegenüber Muslimen und ihren Einrichtungen gegeben hat.

Im Bereich der Gesellschaft wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, die Ereignisse des 11. September im Dialog zu verarbeiten. Demgegenüber fällt die Politik mit einer einseitigen Fixierung auf die Herstellung von *Sicherheit* mit unterschiedlichen, oft nicht angemessenen Mitteln auf.

TERRORISMUS:

Bei Artikeln zum Thema Terrorismus geht es in erster Linie um Berichte über die Sicherheitspakete der Bundesregierung. Es fällt auf, dass die Notwendigkeit von Maßnahmen so gut wie gar nicht, ihre Effizienz und ihr Sinn nur ganz selten hinterfragt wird. Durch die Kuppelung der Begriffe Terror und Islam (islamistischer Terror etc.) wird der falsche Eindruck erweckt, es bestehe ein notwendiger Zusammenhang zwischen Islam und Terror.

Weiter umfasst diese Kategorie Berichte über Warnungen staatlicher Stelle (in der Regel das Bundeskriminalamt) vor möglichen terroristischen Aktivitäten durch Muslime. Gegen eine objektive Darstellung im Fall echter vorliegender Verdachtsmomente ist nichts einzuwenden. Leider besteht auch hier allzu oft die Tendenz, diese Warnungen mit verallgemeinernden Behauptungen über die Botschaft des Islam als Ursache für terroristische Aktivitäten zu verknüpfen.

MOSCHEEBAU:

Mit 804 Artikeln gehört das Thema Moscheebau zur Topkategorie. Die Bandbreite der Inhalte reicht von Berichten über heftigste Kontroversen und über langanhaltende Verhandlungen und Prozesse bis hin zu Berichten, in denen das Bemühen eine Moschee zu errichten durch gute Zusammenarbeit aller Parteien ohne große Probleme bewältigt werden konnte.

RELIGIONSUNTERRICHT:

Mit 723 Artikeln gehört die Berichterstattung über die Einführung eines deutschsprachigen Islamunterricht in deutschen Schulen zusammen mit Moscheebaufragen und nach der Kategorie 'Dialog' zu den Spitzenreitern. In dieser hohen Zahl spiegeln sich die vielfältigen Absichtserklärungen deutscher Politiker wieder.

Absoluter Schwerpunkt sind die Berichte über die Bemühungen in Bayern, einen derartigen Unterricht einzuführen, Modelversuche zu beginnen und – nicht zuletzt – in der Türkei nach Lehrern zu suchen. Die damit verbundene Frage der Bestimmung und Kontrolle der Lehrinhalte und der Probleme, die der Einsatz ausländischer Beamte in Deutschland mit sich bringt, wurde allerdings nur von einer einzigen Zeitung kritisch dargestellt.

Wie bereits erwähnt, ergibt sich angesichts der vielen Berichte über die Bereitschaft, einen derartigen Religionsunterricht zu wollen im Vergleich zu den wenigen Berichten über die Bereitschaft

zur Ausbildung der entsprechenden Lehrerinnen und Lehrer, eine starke Diskrepanz. Es stellt sich die Frage, inwieweit Politiker bereit sind, ihren Worten tatsächlich Taten folgen zulassen.

POLITIK:

In diesen Bereich wurden alle diejenigen Äußerungen von Politikern aufgenommen, die sich auf allgemeine Forderungen gegenüber Ausländern beziehen, nicht aber auf Muslime fremder Herkunft beschränkt sind. Es geht hauptsächlich um Fragen der Integration, des Erlernens der deutschen Sprache und den Respekt vor deutschen Gesetzen. Ebenfalls werden Äußerungen in dieser Kategorie berücksichtigt, die sich direkt auf den Islam beziehen, z.B. den nach Aufklärung im Islam, Erneuerung usw.

Über das ganze Jahr hinweg hat sich Bundespräsident Johannes Rau in unregelmäßigen Abständen zum Sprecher für Integration, für den Abbau von Vorurteilen gemacht. Insbesondere nach dem 11. September setzte er sich für den Dialog mit den Muslimen ein.

Nach dem 11. September hat die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Marieluise Beck, nicht nur in herausragender Weise Experten- und Gesprächsrunden zusammengerufen, sondern auch eine breite Öffentlichkeit in ihre Arbeit einbezogen. In insgesamt 50 Berichten im September, Oktober, November wurde mehr oder weniger ausführlich über diese Arbeit und die programmatische Erklärung von Frau Beck *Integration müsse mit ‚R‘ geschrieben werden* und *Der Islam muss eingebürgert werden* berichtet.

Drei Berichte zum Thema Politik beziehen sich auf die ausführliche Darstellung der im November 2000 veröffentlichten *Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage des Abgeordneten Dr. Jürgen Rüttgers und anderer zum Thema ‚Islam in Deutschland‘*. An dieser Stelle muss noch einmal wiederholt werden, was das DII im Herbst 2000 festgestellt hat: Leider hat dieses hervorragende Dokument nicht die Aufmerksamkeit in der Berichterstattung erhalten, die es verdient hätte und die dem Thema angemessen gewesen wäre.

Zu den Berichten über die Einführung und Durchführung der Rasterfahndung sind mehrere Bemerkungen zu machen: Erstens: Es besteht eine interessante Diskrepanz zwischen den vielen ausführlichen Ankündigungen und Begründungen und der klammheimlichen Beendigung der Rasterfahndung in zwei Bundesländern, über die im Dezember nur mit wenigen Zeilen in zwei Artikeln berichtet wurde. Zweitens gibt es bedauerlicherweise wenige Artikel darüber, dass und wie z.B. Universitäten sich für die Belange ihrer ausländischen Studenten und gegen eine Vorverurteilung eingesetzt haben.

KALIF VON KÖLN:

Die Berichterstattung konzentrierte sich auf die mögliche vorzeitige Entlassung des *Kalifen* aus der Haft, die Problematik seiner Abschiebung in die Türkei, die Aussetzung der Vollstreckung des dortige Todesurteils sowie das Verbot des *Kalifatsstaates* durch Bundesinnenminister Schily.

REZENSIONEN, KRITIKEN

Die hohe Zahl an Artikeln in dieser Kategorie im Oktober bedeutet nicht, dass in diesem Monat besonders viele Bücher rezensiert worden sind. Hier sind vielmehr auch alle Artikel erfasst, die darüber berichten, dass Korane und Literatur über den Islam so gut wie ausverkauft sind. Es ist beachtenswert, wie viele Menschen in Deutschland nach dem 11. September 2001 darum bemüht sind, sich neben der tagesaktuellen Berichterstattung auch über Grundfragen des Islam zu informieren.

DISTANZIERUNG VON GEWALT:

Die Kategorie „Distanzierung von Gewalt“ wurde nach dem 11. September geschaffen. Dazu gehören Äußerungen von hohen christlichen Würdenträgern und Politikern, die überwiegende Mehrheit dieser Äußerungen stammt aber von Muslimen – von Einzelpersonen, Imamen und Verbandsautoritäten.

So wichtig es war, dass nach dem 11. September Nicht-Muslime gegenüber der Bevölkerung klar und deutlich Stellung bezogen, dass diese Taten nicht islamisch begründet werden können und dass weder der Islam noch Muslime Feinde der Deutschen sind, von geradezu überragender Bedeutung waren die Distanzierungen aus dem Munde der Muslime selbst.

KOPFTUCH:

Berichte zum Thema Kopftuch und Muslimas erscheinen das ganze Jahr über in unterschiedlicher Anzahl von einem bis zu 28 Artikeln pro Monat. Dabei geht es um die Darstellung von Problemen am Arbeitsplatz wie z.B. Supermarkt und Schule, aber in Einzelfällen auch um Selbstdarstellung von Muslimas, die sich offen zum Kopftuchtragen bekennen. Die Häufung der Berichte im Monat Juni (154) ist eine Folge der Entscheidung des 4. Senats des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg in Mannheim, im Rechtsstreit zwischen Fereshta Ludin und dem Stuttgarter Oberschulamt dem Schulamt Recht zu geben. Sowohl die Argumente des Gerichts als auch des Anwalts von Frau Ludin wurden sachlich dargestellt, was angesichts der emotionsgeladenen Diskussionen in der Bevölkerung nicht hoch genug anerkannt werden kann.

MOSCHEEANSCHLAG:

Im Januar 2001 führte das DII die Kategorie *Moscheeanschläge* neu ein, da es um die Jahreswende ein viel beachtetes Attentat auf eine Moschee in Köln gab. Im Verlauf des Jahres folgten weitere Angriffe z.B. auf eine Moschee in Uetersen. Da jedes Ereignis eine relativ breite Berichterstattung fand, ist die Zahl der Berichte über Angriffe nicht mit der Zahl über derartige Ereignisse gleichzusetzen.

Für den Monat Oktober gilt eine weitere wichtige Differenzierung: Rund 90 Prozent der in dieser Kategorie erfassten Artikel berichten darüber, dass sich Muslime bedroht *fühlen* und nicht, dass Muslime tatsächlich bedroht worden sind. Erfreulicherweise haben sich die großen

Befürchtungen nach dem 11. September nicht bewahrheitet: Es kam im Vergleich zu anderen Ländern – zumindest laut dem Stand der Berichterstattung – zu wesentlich weniger realen Ausschreitungen.

VERBÄNDE:

In diese Kategorie wurden aufgenommen: Artikel über das Islam-Archiv, den Islamrat und den Zentralrat der Muslime. Die nicht unerhebliche Zahl von 174 Meldungen zeigt, dass diese drei islamischen Verbände immer stärker zum Sprecher der Interessen der Muslime in Deutschland werden. Mit welcher Berechtigung dies geschieht, kann solange nicht geklärt werden, wie Angaben über Mitgliedzahlen in völlig unterschiedlicher Höhe je nach Quelle angegeben werden.

ISLAMISTEN:

Eine allgemeine begriffliche Unsicherheit darüber, was Fundamentalismus, Islamismus, Integritismus etc sind, kennzeichnet die Berichterstattung über den Islam. In den insgesamt 159 Artikeln dieser Kategorie herrscht absoluter Wildwuchs der Bezeichnungen. Es ist zu vermuten, dass sich hier die tiefergehende Problematik einer Gesellschaft widerspiegelt, die nicht weiß, wie sie mit einer Religion und ihren Anhängern umgehen soll, für die ihr Glauben Rechtleitung in allen Bereichen des Lebens bedeutet.

SCHÄCHTUNG:

Die Berichterstattung über das Thema Schächtung konzentrierte sich im Monat November auf die Klage eines muslimischen Metzgers beim Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichtes.

BEGRÄBNIS:

Das Thema *islamische Friedhöfe* spielt zunehmend eine Rolle. Je deutlicher Muslime über den Tod hinaus in ihrer neuen Heimat Deutschland bleiben wollen, desto wichtiger wird für sie die Möglichkeit einer Bestattung nach islamischem Ritus. Die Berichterstattung zeigt, dass die Kommunen – wenn auch manchmal erst nach Überwindung bürokratischer Hindernisse – zunehmend bereit sind, diese Bedürfnisse zu erfüllen.

KINDERGARTEN:

Hier wird über einige wenige, hoch problematische Fälle der Errichtung islamischer Kindergärten berichtet.

ISLAM ALLGEMEIN:

Die schlimmsten anti-islamischen Äußerungen sind in dieser Kategorie zu finden, die ebenfalls erst nach dem 11. September eingerichtet wurde. Bei den Beiträgen dieser Kategorie handelt es sich um allgemeine Aussagen über Religion und Geschichte des Islam, und es bestätigt sich eine These, die das DII bereits früher vertreten hat: Je weiter weg Journalistinnen und Journalisten sich vom tatsächlich erlebten Islam in der Nachbarschaft bewegen, je weniger sie über direkten Kontakt mit Muslimen berichten, desto unsachgemäßer werden die Aussagen, desto wilder die Urteile. Mit dem Abstraktionsgrad steigt die negative Beurteilung der Religion des Islam. In den großen Wochenzeitungen war stellenweise wenigstens das Bemühen zu erkennen, sachlicher zu sein als in vorhergegangenen Berichten. Doch auch hier ging spätestens die Bildauswahl (tief verschleierte Frauen, sich blutig geißelnde Schiiten etc.) auf die Sensationslust des Massenpublikums ein.

Eine der wenigen herausragenden positiven Darstellungen war ein Aufsatz der Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer, die sich auf intellektuell hohem Niveau mit einer Begriffsklärung der Begriffe Fundamentalisten, Islamisten und Muslime bemühte.



Kontakt:

Deutsch-Islamisches Institut
für wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit e.V.

Am Wasserturm 33 A
D-29223 Celle

Telephone 0 51 41 – 20 83 05
0 51 41 – 20 83 06
Telefax 0 51 41 – 20 83 07

E-Mail info@dii-edu.de
Internet www.dii-edu.de